

## **40 Jahre Frauen- und Familienpolitik für Alleinerziehende Wo kommen wir her – wo geht es hin?**

Am 10. Februar 2013 feierte der Landesverband Niedersachsen des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) sein 40jähriges Bestehen. Bei seiner Gründung hieß er noch Verband alleinstehender Mütter. 40 Jahre! Das ist eine lange Zeit. Das war auch eine bewegte Zeit. Die meisten Gründungsmitglieder sind in der Zwischenzeit grau geworden und ihre Kinder sind längst erwachsen. Grund genug, das Ereignis mit einem Fachtag zu begehen und damit auch den VAMV Niedersachsen zu feiern.

Die Fragen: „Wo kommen wir her? – Wo geht es hin?“ verlangen einen Rückblick in die Geschichte, denn durch einen solchen Rückblick kann auch die aktuelle Entwicklung besser verstanden werden. Danach folgen der Einblick in die aktuelle Situation und abschließend der Ausblick: „Wo geht es hin?– Wo wollen wir hin?“ Denn, dass nicht alles so bleibt wie es ist, dafür arbeitet der VAMV.

### **Rückblick**

#### **Eine kurze Geschichte des unehelichen Kindes und der ledigen Mutter:**

Alleinerziehende Mütter gab es schon immer in der Geschichte. So weit kann ich nicht zurückblicken. Beginnen wir mit der Gründung des Deutschen Reiches, das zugleich das Heranwachsen der sozialistischen Frauenbewegung markiert. Vor der Reichsgründung 1871 lag der Anteil der nichtehelichen Geburten bei zehn bis zwölf Prozent. Mit der Einführung der obligatorischen Zivilehe im Jahr 1875 galten auch Kinder, deren Eltern zwar kirchlich aber nicht standesamtlich getraut waren, als nichtehelich. Durch die Aufhebung einiger rechtlicher Ehehemmnisse sank die Quote der nicht ehelichen Kinder reichsweit auf 8,7 % und blieb bis zum Ersten Weltkrieg in dieser Größenordnung.<sup>1</sup>

Unverheiratete Mütter und nichteheliche Kinder waren in der aufkommenden bürgerlichen Gesellschaft stigmatisiert. Nicht eheliche Kinder wurden als „Bastard“ oder „Hurenkind“ beschimpft. Unehelichkeit wurde mit Armut, Kriminalität und unkontrollierter Sexualität (der Frau) in Verbindung gebracht. Unehelichen Müttern wurde in der Frühen Neuzeit der Zugang sowohl zu Handwerkszünften als auch zu kirchlichen Ämtern und Würden verwehrt.<sup>2</sup> Ledige Mütter wurden nicht nur als „unsittlich“ oder „unmoralisch“ bezeichnet; sie wurden bis ins 19. Jahrhundert hinein durch rigide Strafen wegen „Unzucht“ kriminalisiert und bestraft. Strafen konnten körperliche Züchtigungen, Geld- und Gefängnisstrafen, aber auch die öffentliche Zurschaustellung und der Ausschluss vom christlichen Abendmahl sein.<sup>3</sup> Der beteiligte Mann wurde zu keiner Zeit in den Blick genommen. Die christlichen Kirchen sorgten dafür, dass Abtreibung verboten blieb und dass ledige Schwangere schwer bestraft wurden. Scheidung war schier unmöglich. Unter den alleinstehenden Frauen hatten es die Witwen am Besten. Es wurde jedoch erwartet, dass sie sich möglichst schnell wiederverheiraten. Allerdings war die gelebte Realität schon immer eine andere als die, die Kirchen und Staat verordnen wollten.

<sup>1</sup> Sybille Buske: Fräulein Mutter und ihr Bastard. Eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland 1900 – 1970, Göttingen 2004, S. 9.

<sup>2</sup> Ebda., S. 34 f.

<sup>3</sup> Vgl. Beate Harms-Ziegler: Illegitimität und Ehe. Illegitimität als Reflex des Ehediskurses in Preußen im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1991, S. 325.

Zu Beginn der Industrialisierung waren es Frauen und Kinder, die die schlechtesten von den ohnehin schon schlechten Arbeitsbedingungen zu den niedrigsten Löhnen zu ertragen hatten. Öffentliche Unterstützung erhielten die ledigen Mütter nicht. Nicht einmal als Dienstmädchen wollte die „Herrschaft“ ledige Mütter aufgrund ihres „unsittlichen“ Einflusses haben. Die Väter zahlten nur unregelmäßig oder gar keine Alimente. Für „nicht legitimierte Kinder“ bestand ein weit höheres Risiko zu sterben, und ledige Frauen starben weit häufiger im Kindbett.<sup>4</sup> Abtreibungen mussten illegal vorgenommen werden. „Engelmacherinnen“ waren Frauen, darunter auch Hebammen, die dazu bereit waren. Nicht selten führten die unsachgemäßen und oft unhygienischen Eingriffe zum Tod der schwangeren Frauen. „Engelmacherinnen“ hießen aber auch die Frauen, bei denen uneheliche Kinder in Pflege gegeben wurden. Sie waren oft ebenso arm wie die Dienstmädchen oder Arbeiterinnen, die ihnen die Kinder überließen. Viele dieser Kinder starben durch schlechte Ernährung, unzureichende Wohnverhältnisse und deren gesundheitliche Folgen.<sup>5</sup> Klassenspezifische Aspekte spielten eine große Rolle. Es machte einen Unterschied, ob die Magd oder die Gutsherrentochter ein uneheliches Kind zur Welt brachte.<sup>6</sup> Freilich wurden auch Frauen aus den wohlhabenderen gesellschaftlichen Schichten schwanger. Frauen in bürgerlichen Berufen wie Lehrerinnen, Beamtinnen oder Krankenschwestern, konnten wegen des Zölibatszwangs nicht heiraten, ohne ihren Beruf aufzugeben. Sie hatten ein großes Interesse, aus „illegitimen Beziehungen“ hervorgegangene Kinder zu verheimlichen.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert warben Ärzte und private Entbindungsanstalten in Zeitungsannoncen, dass „Damen streng diskrete Aufnahme zur Entbindung finden“.<sup>7</sup> Dafür mussten sie entsprechend zahlen. Auch Abtreibungen waren ein soziales Problem, da die Preise für illegale Abtreibungen stark variierten. Viele Frauen mussten also ungewollt Kinder bekommen. Viele Ehen, sogenannte „Muss-Ehen“, wurden noch bis in die 1980er Jahre hauptsächlich wegen einer bestehenden Schwangerschaft geschlossen.

Bevölkerungspolitisch motiviert war die im Dezember 1914 – während des Ersten Weltkrieges eingeführte – Reichswochenhilfe, die im April 1915 auf ledige Mütter ausgeweitet wurde, sofern die Vaterschaftsankennung erbracht war. Das galt auch für sozialpolitische Forderungen zur Verbesserung des Mutterschutzes. Militär- und bevölkerungspolitische Fragen wurden im Verlauf des Krieges immer wichtiger. Der Reichsausschuss für Bevölkerung befand sogar, dass das Thema „Nichtehelichkeit“ von herausragender Bedeutung für die Erhaltung der Gesundheit der nächsten Generation sei.<sup>8</sup> Der Kaiser brauchte Soldaten.

Die Einmütigkeit, die angesichts der Kriegssituation zur Anerkennung der „illegitimen“ Kinder führte, wurde während der Weimarer Republik nicht wieder erreicht.<sup>9</sup> Ansätze zur rechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder in der Weimarer Republik fanden

---

<sup>4</sup> Vgl. Hugo Neumann: Die Unehelichen Kinder in Berlin, Jena 1900, S. 50.

<sup>5</sup> Vgl. Buske, Fräulein Mutter, S. 40.

<sup>6</sup> Vgl. die Befunde von Ulrike Gleixner: „Das Mensch“ und „der Kerl“. Die Konstruktion von Geschlecht in Unzuchtsverfahren der Frühen Neuzeit, Frankfurt/M. 1994.

<sup>7</sup> Vgl. Neumann, Die unehelichen Kinder, S. 11; Annemarie Wulff: Das Schicksal der Unehelichen in Berlin, Frankfurt/M. 1928, S. 9.

<sup>8</sup> Vgl. Stenographische Berichte, Band 322, 1917, S. 1829.

<sup>9</sup> Vgl. Georg Lilientahl: The Illegitimacy Question in Germany 1900 – 1945, in: Continuity and Change, H. 5/1990, S. 459-281.

in der nationalsozialistischen Familien- und Mutterschaftsideologie ein vorläufiges Ende.

Während der beiden großen Weltkriege mussten sich die meisten Mütter, auch wenn sie verheiratet waren, mit ihren Kindern allein durchschlagen. Sie bewältigten vielfältige Aufgaben und diejenigen, die die Kriege überstanden leisteten anschließend die Aufbauarbeiten. Viele gehörten zu den bedauerten Kriegerwitwen. Doch diejenigen, deren Männer zurückkehrten, hatten es auch nicht leicht, vor allem dann nicht, wenn sie sich wehrten, in alte Frauenrollen zurückzukehren. Helma Sanders-Brahms hat dies in ihrem aufrüttelnden Film „Deutschland bleiche Mutter“ im Jahr 1980 hervorragend dargestellt. Die neue alte Familienordnung wurde für viele zu einer Qual, die sie an den Rand der Verzweiflung treiben konnte. Die Scheidungsraten nahmen zu; den Makel wegen der „gescheiterten“ Familie hatten die geschiedenen Frauen zu tragen.

### **Nach dem Zweiten Weltkrieg - Mütterfamilien**

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren ‚Kriegerwitwen‘ und ‚Mütterfamilien‘ so normal, dass sie eigentlich keiner besonderen Erwähnung bedurften. Schließlich wuchs ein Drittel aller Kinder in den damaligen westlichen Besatzungszonen bei ihren Müttern auf. Der kriegsbedingte ‚Männermangel‘ und der ‚Scheidungsboom‘ wurden zunächst als Zeichen der Auflösung traditioneller Familienformen gedeutet. Dennoch bildete sich keine neue Familienform, sondern die konservative Familienpolitik sah die Alleinerziehenden als ‚unvollständig‘ an und benachteiligte Kinder von ledigen Müttern de jure und de facto.

Angeblich leiden ‚Kriegskinder‘ noch heute unter der fehlenden oder spannungsvollen Beziehung zu ihren Vätern, die umgebracht worden waren, vermisst waren, getötet hatten oder nach ihrer Rückkehr krank, apathisch und kaum mehr zugänglich für ihre Söhne und Töchter waren.<sup>10</sup> Jedenfalls behaupteten das Psychologen in dicken Büchern. Frauengruppen wollten alles tun, damit kriegerische Auseinandersetzungen nicht weiter als Mittel der Konfliktbewältigung angesehen werden. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Das war die Parole der Nachkriegsfrauenbewegung nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Viele waren mit ihren Kindern bei den großen Demonstrationen gegen Adenauers Politik der Wiederaufrüstung.

### **Gleichberechtigung im Grundgesetz**

Am 23. Mai 1949 unterzeichneten die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, die dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zugestimmt hatten, bei Orgelmusik das Grundgesetz. Fast neun Monate hatte der Parlamentarische Rat gearbeitet. Dass das GG frauenpolitisch ein Erfolg wurde, war vor allem Elisabeth Selbert und Frieda Nadig (beide SPD) und ihrer überparteilichen Aktion zu verdanken. Nach heftigen Auseinandersetzungen gelang es, den eindeutigen Grundsatz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ gegen die konservativen männlichen Abgeordneten und gegen die beiden anderen im Rat vertretenen Geschlechtsgenossinnen durchzusetzen. Bis die eindeutige Formulierung gelang, bedurfte es eines bundesweiten Protests von parlamentarisch und

---

<sup>10</sup> Hartmut Radebold: Abwesende Väter und Kriegskinder, Fortbestehende Folgen in Psychoanalysen, Göttingen 2004, S. 9 ff.

außerparlamentarisch aktiven Frauen. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern war freilich noch lange nicht erreicht. In der endgültigen Fassung war Frauen zwar die volle Gleichberechtigung mit den Männern garantiert, allerdings sollten sie Bestandteil von „normalen“ Familien sein. Artikel 6 GG nahm die von den konservativen Parteien mit Nachdruck vertretene Auffassung von Ehe und Familie als wichtigsten Baustein einer Gesellschaft auf und verfestigte eine konservative Familienideologie, die Frauen und Männern eindeutige Rollen zuwies, und die bis heute wirkt.<sup>11</sup>

Schon damals hatte Elisabeth Selbert darauf hingewiesen, dass „die Grundsätze der Familie und der Ehe vom Leben selbst durchbrochen sind“.<sup>12</sup> Schließlich waren Kriegerwitwen, nicht-eheliche Partnerschaften, alleinerziehende Mütter, selbständig lebende Frauen und ‚uneheliche‘ Kinder nach dem Zweiten Weltkrieg an der Tagesordnung. Völlig aussichtslos war der Kampf von Frieda Nadig um die rechtliche Verankerung der Gleichstellung des unehelichen mit dem ehelichen Kind. Der konservativen Fürsorgepolitik auch der weiblichen Abgeordneten von CDU und Zentrum, entgegnete Frieda Nadig bei der Begründung des SPD-Antrags mit Ausführungen über die Gefährdung der außerehelichen Kinder und damit der unehelichen Mutter, die sich aus deren rechtlicher Benachteiligung ergeben würde.<sup>13</sup> Während Frieda Nadig das fortdauernde Unrecht am unehelichen Kind als Ausdruck der doppelten Moral in der bürgerlichen Gesellschaft betrachtete, wurde ihr Einsatz von den bürgerlichen Parteien als Bedrohung des Familienfriedens gewertet. Die CDU und das Zentrum, unterstützt von der FDP, lehnten den Antrag ab. Deren christlich-konservative Grundeinstellung ließ verrechtlichte Beziehungen außerhalb der als Träger des Staates geltenden Institutionen Ehe und Familie nicht zu. Nur der „Familienverband“ entsprach der natürlichen Ordnung. „Uneheliche Kinder“, so argumentierte Helene Wessel (damals Zentrumspartei) „können wir, selbst wenn wir wollten, nicht gleichstellen, weil wir (...) von einem anderen Ordnungsbegriff in dem Aufbau unserer staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft ausgehen.“ Der Unterschied bestehe eben darin, dass ein uneheliches Kind „nicht in die Familie hineingeboren“ wird. „Das Kind ist schuldlos, aber tragisch getroffen“, fügte Helene Weber (CDU) hinzu. Das Kind könne nicht den gleichen Rechtsstatus beanspruchen wie ein eheliches, weil es aus der „bestehenden“ und „gewünschten Ordnung“ herausfalle.<sup>14</sup>

Die beiden konservativen Politikerinnen bestimmten offensichtlich, was die „gewünschte“ Ordnung war oder sein sollte. Frieda Nadig intervenierte mit dem Hinweis, dass diese verengte Sichtweise von „Familie“ die gesellschaftliche Wirklichkeit und die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland schlichtweg negiere. „Wir müssen damit rechnen, dass wir in Zukunft eine Mutter-Familie bekommen“, sagte sie im Hinblick darauf, dass im Nachkriegsdeutschland die Zahl der Frauen die der Männer um mehr als sieben Millionen überstieg und dass die Disparität in der Altersgruppe zwischen 22 und 45 Jahren am größten war. Auch deshalb drang sie auf eine den Tatsachen angemessene Definition von Familie. Vehement wandte sie sich gegen eine christliche Weltanschauung, die ledigen Müttern einen zweitklassigen Rechtsstatus einräumte. Die Tatsache, dass viele Frauen ihre „natürliche Berufung als Mutter“

<sup>11</sup> Vgl. Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 – 1957 Bonn 2003, S. 54 – 110.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Parlamentarischer Rat, 21. Sitzung HA, 7. 12. 1948, S. 240.

<sup>14</sup> Ebd., S. 242.

außerhalb der Ehe verfolgten, machte nach ihrer Meinung deutlich, dass traditionelle Vorstellungen von Familie der Vergangenheit angehörten. Ihr Verweis auf die Widersprüche zum eben verabschiedeten Art. 3 Grundgesetz nützte ebenso wenig wie Elisabeth Selberts Mahnung an die VertreterInnen der christlichen Parteien: „Sehen Sie das Problem nicht unter dem Gesichtspunkt der Heilighaltung der Ehe. Die Grundsätze der Familie und der Ehe sind vom Leben selbst durchbrochen. Das Leben schafft sich seine eigenen Gesetze. Gehen wir an diesen Lebensgesetzen nicht fremd vorüber!“<sup>15</sup>

Die bürgerlichen Parteien malten den Untergang der christlich-abendländischen Kulturordnung an die Wand, wenn außerehelichen Kindern Rechte zugesprochen würden. Sie zeigten nicht das geringste Interesse, alternative Formen des Zusammenlebens auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Der SPD-Antrag wurde mit elf zu zehn Stimmen abgelehnt. Es blieb beim Schutz von Ehe und (traditioneller) bürgerlicher Familie. Den Frauen, die in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit zwangsläufig in manche Männerrolle geschlüpft waren und ein ungebundenes Sexualleben ohne Bevormundung praktiziert hatten, wurde bald wieder der alte Platz in Küche, Kinderzimmer und Kirche zugewiesen. Schließlich waren sie laut immer noch gültigem Bürgerlichen Gesetzbuches das „Herz der Familie“. Das Klima der Adenauer-Ära war geprägt von Prüderie und zwanghaften Moralvorstellungen, die die Emanzipation der Frauen erschwerten. Fortbestehende und neue Gesetze sollten alte Normen immer wieder reproduzieren. Der 1949 gewählte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) bekannte sich in seiner Regierungserklärung klar zu seiner Vorstellung von der ‚heilen‘ christlichen Familie. Angesichts des bestehenden „Frauenüberschusses“ bedauerte er die berufstätigen Frauen ohne „Familienglück“. „Familienglück“ war nur für verheiratete Frauen denkbar. Das einzig gültige Lebensmuster für Frauen war (heterosexuelle) Ehe, Familie und möglichst mehrere Kinder.

Dass es sich unter diesen Bedingungen so schwierig gestaltete, die Anpassung der Gesetze, die dem GG widersprachen, im Ersten Deutschen Bundestag voranzutreiben, war vor allem dem Einfluss von Vertretern des konservativen Teils der christlichen Kirchen zu verdanken. Sie verwiesen darauf, dass eine Ablehnung der patriarchalen Autorität im Familienrecht sich nicht nur Adenauers Regierung, sondern auch der Heiligen Schrift und der kirchlichen Lehre widersetzen würde. Nun kann man zwar der Meinung sein, dass Art. 6 GG lediglich beinhaltet, dass die Familie zu schützen und nicht zu benachteiligen ist. Die Auslegung hat eindeutig normative Aspekte, denn der Staat privilegiert die Ehe und die bürgerliche Kleinfamilie bis heute.

Die Glorifizierung der intakten „heilen“ Familie bewirkte, dass es die Kriegswaisen schwerer hatten, in der Schule, im Beruf und im sonstigen Leben Fuß zu fassen, als die Kinder aus vollständigen Familien; Witwen und geschiedene Frauen hatten es schwerer als Ehefrauen; zerrissene und unvollständige Flüchtlings- und Evakuiertenfamilien hatten es schwerer als einheimische vollständige Familien. Besonders diskriminiert waren junge Frauen, die Beziehungen zu Soldaten der Besatzungsmächte eingingen, „uneheliche“ Besatzungskinder oder gar ‚Mischlingskinder‘<sup>16</sup>, von dunkler Hautfarbe – und damit sichtbares Ergebnis eines „Fehltrittes“ (der Mutter) – zur Welt brachten. Kinder von Frauen mit als

<sup>15</sup> Parlamentarischer Rat, 21. Sitzung HA, 7. 12. 1948, S. 241 und 243 sowie S. 553.

<sup>16</sup> Sie wurden vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge 1951 in den Westzonen statistisch erfasst. Vgl. die Akten zur Befragung des DV im Bundesarchiv Koblenz, BA, B 153, S. 342.

‚kriegsgefangen‘ oder ‚vermisst‘ gemeldeten Männern, die aufgrund der Abwesenheit der Männer nicht von diesen gezeugt worden sein konnten, gingen in die amtliche Statistik als „scheineheliche Kinder“ ein.<sup>17</sup>

Auch die Anerkennung längst gelebter Lebensformen wie Frauenwohngemeinschaften, ‚wilde‘ Ehen und ‚Onkelehen‘<sup>18</sup> – ganz zu schweigen von homosexuellen oder lesbischen Lebensweisen – stand in weiter Ferne. Wer in einer ‚Onkelehe‘ oder in einer ‚wilden Ehe‘ lebte, musste sich selbst vor den eigenen Kindern verstecken. Umgekehrt durften Eltern nichts davon erfahren, wenn sich die jungen Leute während ihres Urlaubs heimlich in ihrer Wohnung trafen. Schließlich galt der Kuppeleiparagraph (§ 180, Abs. 2 StGB), der „die gewohnheitsmäßige oder eigennützige Begünstigung der Unzucht durch Vermittlung, Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheiten“ regelte. Er galt auch für erwachsene Menschen und galt bis 1971. Sexuelle Aufklärung und Verhütung waren im Nachkriegsdeutschland tabu. Angst vor einer unehelichen Schwangerschaft hatten vor allem Frauen, denn sie hatten die Folgen zu tragen. Bezeichnend ist auch, dass sexuelle Erfahrungen von Mädchen und Jungen äußerst unterschiedlich bewertet wurden.

Spätestens mit Familienminister Franz-Joseph Würmeling, der 1953 das neue Ministerium übernahm, wurde die Hausfrauen- und Mutterrolle systematisch finanziell gefördert und in hohem Maße ideologisiert. Er war es auch, der dafür sorgte, dass die schon erwähnte „Zölibatsklausel“ aufrecht erhalten blieb. Wenn eine Frau im Beruf stand, galt die patriarchale Kleinfamilie als nicht intakt. Die Kinder aus solchen Ehen hielt man für gefährdet. „Schlüsselkinder“ wurden in Film, Funk und Presse in die Kategorie der Entwurzelten und Verwahrlosten eingereiht.<sup>19</sup> Es ging um eine Familienpolitik, die die „Normalfamilie“, vor allem bei den „besseren Leuten“, restaurieren wollte.<sup>20</sup> Die geburtensteigernde Intention der familienpolitischen Maßnahmen war auch in diesen Jahren nicht zu übersehen.

Erst die Revision des Nichtehelehenrechts 1969 unter der SPD-Familienministerin Käte Strobel und die Reform des Ehe- und Familienrechts 1975 vollzogen die zumindest rechtliche Anerkennung der Lebensform der alleinerziehenden Familie. Strobel vertrat die „Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit für Kinder jeder sozialen Herkunft“ und die Berücksichtigung von Problemen anderer Familienformen wie etwa „Kinder alleinstehender Eltern“.<sup>21</sup> Sie hat Einiges in Gang gesetzt, wenn auch die soziale und wirtschaftliche Situation Alleinerziehender weiterhin unbefriedigend blieb und bleibt.

## **Die Gründung des VAMV in Niedersachsen**

Damit sind wir bei den 1970er Jahren. Nun wurde der VAMV in Niedersachsen gegründet. Es war sicher kein Wunder, dass das im Februar 1973 mitten in der Hochzeit der Frauenbewegung geschah.<sup>22</sup> Auch den Alleinerziehenden war die Hutschnur gerissen in einer Zeit, in der bundesweit Frauen mit dem Slogan: „Auch

---

<sup>17</sup> Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Volkszählung 1950, H. 9, S. 52.

<sup>18</sup> In „Onkelehen“ lebten Kriegswitwen, die eine neue Beziehung aufgenommen hatten, aber unverheiratet blieben, um die Kriegswitwenrente weiter zu bekommen.

<sup>19</sup> Gisela Notz: Überleben nach dem Kriege, in: Barbara Mettler-v.Meibom (Hg.): Alltagswelten. Erfahrungen – Sichtwechsel – Reflexionen, Münster 1996.

<sup>20</sup> Schmidt, Gunter: Das neue DERDIEDAS. Über die Modernisierung des Sexuellen, Gießen 2004, S. 154.

<sup>21</sup> Vgl. Notz, Frauen in der Mannschaft, S. 483 – 501.

<sup>22</sup> Zur Neuen Frauenbewegung vgl. Gisela Notz: Warum flog die Tomate. Die autonomen Frauenbewegungen der siebziger Jahre, Neu Ulm 2006.

das Private ist politisch“ auf die Straße gingen und Kritik an den Strukturen kleinfamiliärer Lebensformen und traditionellen Geschlechterrollen, an der repressiven Kindererziehung und an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung im Berufsleben und in der Familie übten. In einer Zeit, in der das Selbstbestimmungsrecht über Kinderwunsch und Schwangerschaft und die ersatzlose Streichung des § 218, zum zentralen und bindenden Element des Formierungsprozesses der Neuen Frauenbewegungen wurden, wollten sie über ihre Lebensform nicht mehr lamentieren, sie wollten sich organisieren. Sie betrachteten das Zusammenleben allein mit ihren Kindern als stabile Perspektive, wenn es sie auch oft in ungewollte Notlagen brachte.

Luise Schöffel (1914 – 1997), die bereits 1967 den "Verband lediger Mütter", als Bundesverband im schwäbischen Herrenberg mit gegründet hatte und dessen 1. Vorsitzende war, sprach damals die Festrede. In der Rede unterschied sie, indem sie sich auf einen Bericht des damaligen Bundesfamilienministeriums von 1970 bezog, verschiedene Formen der Alleinerziehenden. Es waren die Witwen, die den Hauptanteil derer stellten, die ohne Partner für ihre Kinder verantwortlich waren (1961 waren das noch 48 %), gefolgt von den geschiedenen Müttern und (mit Abstand) von den nicht verheirateten, also ledigen Müttern. Diese Unterscheidung schien insofern sinnvoll, weil es die verwitweten Mütter waren, die durch Gesellschaft und Staat Anteilnahme, Mitleid und Fürsorge für ihr Schicksal erfuhren. Geschiedene Frauen wurden zwar nicht mehr verachtet, verloren aber oft die gesellschaftlichen Kontakte und den früheren Lebensstandard. Kinder aus Scheidungsehen galten per se als gestört. Auf nicht verheirateten Frauen, vor allem wenn sie schwanger wurden, lag noch immer ein Makel. Sozialpolitiker und SozialarbeiterInnen waren auch nach der Reform des Unehelichenrechts der Meinung, „dass sie [die ledige Frau] ein Mensch sei, der die Ordnung verfehlte“.<sup>23</sup> Der beteiligte Mann wurde nach wie vor nicht wegen „Fehlverhaltens“ in den Blick genommen. Stattdessen wurde das Kind allzu oft in einem Säuglingsheim oder einer Pflegestelle untergebracht, anstatt die ledige Mutter als wichtige Bezugsperson des Kindes zu unterstützen. 75 % aller Heimkinder waren 1970 in Niedersachsen Kinder alleinstehender Mütter, 75 % aller nichtehelichen Säuglinge waren in Säuglingsheimen untergebracht.<sup>24</sup> Oft genug waren zu kleine Wohnungen und geringes Einkommen die Gründe.

Die Differenzierung nach Ledigen, Verwitweten und Geschiedenen wird heute kaum mehr vorgenommen. Heute gibt es viele verschiedene Gründe, sein Kind alleine groß zu ziehen. Alleinerziehende sind nach wie vor keine homogene Gruppe; es gibt nicht ‚die Alleinerziehenden‘. Sie werden so genannt, weil sie nicht mit dem Vater (seltener der Mutter) des Kindes in einer Wohnung leben. Selten erziehen sie wirklich allein, denn das gesamte gesellschaftliche Umfeld erzieht mit. Dennoch taugt die Einordnung in Kategoriensysteme heute wenig, auch wenn eine Studie des BMFSFJ von 2001<sup>25</sup> zwischen freiwillig Alleinerziehenden, bedingt freiwillig Alleinerziehenden, zwangsläufig Alleinerziehenden und ungewollt Alleinerziehenden unterscheidet. Das sind absurde Kategorien für alle, die sich näher mit ‚Alleinerziehenden‘ befasst haben.

---

<sup>23</sup> Luise Schöffel: Referat vom 10. Februar 1973 anlässlich der Gründung des LV Niedersachsen, S. 7.

<sup>24</sup> Ebd., S. 10.

<sup>25</sup> Norbert F. Schneider u.a.: Alleinerziehen heute. Vielfalt und Dynamik einer Lebensform, Weinheim 2001, S. 48 ff.

## **Einblick in die aktuelle Situation**

Zur Zeit der Gründung des Landesverbandes waren Alleinerziehende noch eine „von Staat und Gesellschaft fast vergessene Minderheit“, wie es aus Luise Schöffels Rede hervorgeht. Das ist heute nicht mehr so. Alle Parteien wollen sich für die Verbesserung der Situation der Ein-Eltern-Familien einsetzen. Und dennoch geht es mir immer noch wie Luise Schöffel damals. Auch ich würde heute sehr viel lieber zu einem Thema aus der „heilen Welt“ sprechen, wie sie es sich vor 40 Jahren auch gewünscht hat. Denn – wie sie sagte – „niemand wird geliebt, der Versäumnisse aufzeigt, Mahnungen ausspricht und unerlässliche Forderungen erhebt.“<sup>26</sup> Aber die Welt für die Alleinerziehenden ist leider immer noch nicht heil. Befunde und Fakten, die Luise Schöffel damals anhand einer soziologischen Studie von Helge Pross dargestellt hat, sind heute freilich überholt. Frauen sind heute ebenso gut, in mancher Hinsicht besser ausgebildet als Männer, aber die Hoffnung der alten Frauenbewegung – wenn Frauen erst mal die gleiche Bildung und Ausbildung wie Männer haben, bekommen sie auch die gleichen Positionen – ist noch lange nicht eingelöst. Die Tatsache, dass Frauen immer noch wesentlich weniger verdienen als Männer, und die nicht existenzsichernde Teilzeitarbeit vor allem von ihnen ausgeübt wird, und dass sich die Masse der Arbeitnehmerinnen auf den unteren betrieblichen Hierarchiestufen tummeln, und es immer noch weitestgehend Frauen sind, die wegen „Familienpflichten“ (zumindest zeitweise oder teilzeitig) aus dem Beruf ausscheiden, ist bis heute geblieben. Auch von den Haus- und Sorgerarbeit verweigernden Männern gibt es noch viele, wenn auch vielleicht etwas weniger als vor 40 Jahren. Was nicht mehr zutrifft, ist die aus der Studie abgeleitete Feststellung, dass „Emanzipation“ kein Motiv für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist und sie „ihre Rollenfunktion in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung“ akzeptieren.<sup>27</sup> Heute brechen Frauen aus den Rollen aus, wollen wirtschaftlich unabhängig sein und wählen selbstbewusst ihre Lebensform.

## **Familie ist heute Vieles**

Für sie sei Familie dort, wo Kinder sind, betonte die Vorsitzende der Kinderkommission in ihrem Referat. Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und er ist durch die Bundesregierung eingerichtet worden. Familie sei schließlich mehr als Papa, Mama, Kind. Familie sei heute Vieles, referierte sie. Während meiner Zeit als pro familia Bundesvorsitzende, bin ich im August 2009 zum „Parlamentarischen Nachmittag“ des durch die Bundesregierung geförderten „Bundesforum Familie“ eingeladen worden. Der KiKo gehörten fünf Frauen (!) aus allen im Bundestag vertretenen Parteien an. Der Nachmittag war der „Berliner Erklärung zur wertorientierten Erziehung“ gewidmet. Die Erklärung hatte auch der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V., als Mitglied des Forums, erstunterzeichnet, ebenso wie pro familia. Darin ging es um eine „familienfreundliche Gesellschaft“. Unterstützt werden sollte der „Aufbau von Wertekompetenz bei Kindern“. Das fand ich zunächst einmal gut und richtig.

Was mich störte, waren die Reden von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus dem Bereich der Familienbildung. Sie ließen die Schlussfolgerung zu, dass Familie doch „Papa, Mama, Kind“ und eben nicht „Vieles“ ist oder zumindest sein soll. Grundsätzlich war die Rede von „der Familie“, mit (zwei) Eltern, denen

---

<sup>26</sup> Schöffel, Referat, S. 1

<sup>27</sup> Ebd.



„man die Erziehung nicht abnehmen kann“, denn sie sind die „erste Werteinstanz“. Alles Andere, wie „Fremderziehung“(sic!) in „Einrichtungen“ kommt hinterher. Problematisiert wurde auch, dass es Familien gibt, in denen es keine faire Arbeitsteilung zwischen Vater und Mutter gibt und wo die Kinder das dann auch nicht lernen können. Viele Alleinerziehende sind froh, dass sie diesen Kampf nicht mehr zu führen haben. Die Rednerinnen sprachen auch von ihrer eigenen Familie, von ihren Kindern und den dazugehörigen Vätern, von den Schwiegereltern, die man sonntags besucht und von der heilen Welt, in der die Kinder ernst genommen werden und mitentscheiden können, und in der sie mit Vater und Mutter im eigenen Haus wohnen. Alle schienen so zu wohnen.

Auch die Bundesregierung stellt in ihrem letzten Familienbericht von 2012 fest:<sup>28</sup> „Verheiratete Paare mit gemeinsamen Kindern stellen nach wie vor die häufigste Familienform in Deutschland dar. Drei Viertel der Kinder wachsen bei verheirateten Eltern auf. Die Ehen in Deutschland sind stabil. Die Zahl der Eheschließungen liegen – mit leichten Schwankungen – seit einigen Jahren auf einem ähnlichen Niveau. Die Zahl der Ehescheidungen ist seit fast fünfzehn Jahren nahezu konstant und die Ehepaare bleiben länger zusammen als noch vor zehn Jahren. Man beklagt nun nicht mehr die Krise der Familie, wie vor etlichen Jahren, sondern freut sich, dass die hohen Scheidungsraten „konstant“ bleiben. Frauen haben in den letzten 40 Jahren doch immerhin erreicht, was Frauen in den letzten Jahrhunderten kaum zu hoffen wagten: Sie können sich, auch mit Kindern, für oder gegen eine Ehe entscheiden.

### **Zur Situation Alleinerziehender**

Alleinerziehende stammen aus allen Kreisen der Bevölkerung, aus allen beruflichen Schichten und aus vielen Herkunftsländern. Sie haben unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse. Alleinerziehende sind die größte *außergewöhnliche* (oder außerordentliche) Familienform. Seit 1996 ist die Zahl der Alleinerziehenden in Westdeutschland um 25 Prozent gestiegen und sie wächst weiterhin. Etwa 2.231.000 Kinder unter 18 Jahren leben in Deutschland in alleinerziehenden Familien. Das entspricht einem Anteil von 19,9 % an allen Familien, und das ist jedes fünfte Kind. Die Zahl der alleinerziehenden Väter steigt nur geringfügig an. Ca. 90 % aller Alleinerziehenden sind, wie schon in den Gründerjahren des Verbandes, Frauen. In den „neuen Bundesländern“ ist der Anteil dieser Familienform immer noch wesentlich höher als in den alten Bundesländern. In Großstädten (wie Frankfurt) erzieht jede vierte Mutter alleine. Hiervon hat ein Drittel eine ausländische Staatsangehörigkeit.<sup>29</sup> In manchen Grundschulen, das ist auch in Berlin und Hannover so, stammt die Hälfte der Kinder aus Einelternfamilien. Von den Müttern aus ‚normalbesetzten Familien‘ (Peggi Liebisch) unterscheiden sie sich nicht, außer, dass sie häufiger berufstätig sind. 79,8 % aller Alleinerziehenden sind erwerbstätig.<sup>30</sup>

Alleinerziehende Mütter arbeiten deutlich häufiger in einem vollzeitigen Erwerbsarbeitsverhältnis als Mütter in Paarfamilien. Etwas weniger als die Hälfte der Alleinerziehenden hat eine Vollzeit-Stelle (gegenüber 30 % der Mütter in Paarfamilien). Etwas mehr als die Hälfte arbeitet in Teilzeitstellen, von deren Ertrag sie die eigene Existenz oft nicht sichern können. 11,6 % der Alleinerziehenden sind erwerbslos, im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt von 5,4 %. Die

<sup>28</sup> BMSFFJ: Zeit für Familie. 8. Familienbericht 2012.

<sup>29</sup> Broschüre: Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main (Hg.): Alleinerziehende in Frankfurt. [www.frankfurt.de](http://www.frankfurt.de)

<sup>30</sup> Analytikreport Bundesagentur für Arbeit 2013.

Erwerbslosenzahl ist rückläufig. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Partei die Linke geht hervor, dass jede zweite nicht berufstätige Alleinerziehende gerne eine Erwerbsarbeit aufnehmen würde und viele Alleinerziehende gerne ihre Erwerbsarbeitsstunden erhöhen würden.<sup>31</sup> Immer noch haben viele Arbeitgeber Vorbehalte, obgleich sich das Vorurteil, Alleinerziehende würden häufiger wegen eigener oder Krankheit der Kinder dem Arbeitsplatz fernbleiben, bisher durch keine Untersuchung bestätigt hat. Es ist nur eines von vielen Vorurteilen, mit denen Alleinerziehende konfrontiert sind. Mehrere Kinder mindern die Arbeitsmarktchancen. Beim Wunsch nach existenzsichernder Arbeit ist freilich auch die Kinderbetreuung mitentscheidend. Der seit August 2013 geltende Rechtsanspruch ist bekanntlich nicht eingelöst, auch wenn er von der ehemaligen Bundesfamilienministerin schön gerechnet wird. In vielen Großstädten ist der Bedarf nicht gedeckt und es fehlt das Fachpersonal.

### **Armut und Alleinerziehende**

Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht weist für Alleinerziehende mit 40 Prozent eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote aus. Mehr als 600.000 Alleinerziehende leben von Hartz IV und 25 % der Alleinerziehenden erhalten Aufstockung durch Hartz IV.<sup>32</sup> Das ist ein Skandal.<sup>33</sup> Auch der vierte Bericht führt die seit Jahren zu beobachtende Tendenz fort, Armut als ein individuelles Problem darzustellen. Die strukturellen Bedingungen, die Armut begründen und soziale Ungleichheiten befördern, werden auch in diesem Bericht marginalisiert. Auch oder gerade für Alleinerziehende ist Erwerbsbeteiligung per se noch kein Garant für ein Einkommen jenseits der Armutsrisikoschwelle. Wie auch der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigte<sup>34</sup>, hat sich das Arbeitsvolumen der Frauen seit den 1970er Jahren insgesamt nicht geändert, sondern immer mehr Frauen teilen sich eine gleichbleibende Anzahl von Erwerbsarbeitsstunden. 16 % der Alleinerziehenden arbeiten ausschließlich in Minijobs. Das überdurchschnittliche Armutsrisiko bei Alleinerziehenden resultiert häufig aus der in der vormals gelebten Partnerschaft noch gemeinsam getragenen Arbeitsteilung und den damit einhergehenden Versprechungen. Frauen aus den neuen Bundesländern klagen darüber, dass sie unter gesellschaftlichen und beruflichen Diskriminierungen zu leiden haben, die sie früher nicht kannten.

Die ehemalige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen „wolle dafür sorgen, dass in den Job Centern der Blick auf Alleinerziehende anders werde“, erklärte sie schon vor einiger Zeit in einem Spiegelinterview.<sup>35</sup> „Das hieße, bei jedem Job und Qualifizierungsangebot muß die Kinderbetreuung gewährleistet sein“, kommentierte Annelie Buntenbach vom DGB. Das BMAS hofft durch Qualifizierte Alleinerziehende einen Beitrag zum Fachkräftemangel zu leisten. Deutschland braucht Fachkräfte. Darin liegt eine Chance für alle, auch für Alleinerziehende. Hoffen wir das Beste.

### **Alleinerziehend – eine gute Alternative**

Alleinerziehen kann als eine Lebensphase betrachtet werden, der unterschiedliche Lebensformen vorausgehen und folgen können. Alleinerziehen kann aber auch eine

<sup>31</sup> hip – heute im Bundestag Nr. 431 vom 22. August 2013.

<sup>32</sup> Alleinerziehenden-Verband wird 40, in: Neue Osnabrücker Zeitung vom 11.2.2013.

<sup>33</sup> Siehe auch: Antje Asmus: Gendern heißt ändern. Zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht, in: Lunapark21, H.21/Frühjahr 2013.

<sup>34</sup> BMFSFJ (Hg.): Erster Gleichstellungsbericht. Neue Wege – gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf, Berlin 2011.

<sup>35</sup> Spiegel vom 21.4.2010.

Lebensform sein, die bewusst gewählt worden ist. Häufig, weil Frauen sich ihr Leben mit Kind und Beruf selbst gestalten wollen. Ich habe Alleinerziehende kennen gelernt, die nie in einer ‚normalen‘ Partnerschaft gelebt haben und eine solche auch nicht anstreben. Viele Frauen haben die Entscheidung selbst getroffen, alleine für sich und ihr Kind zu sorgen oder sich von einem unzuverlässigen oder gar gewalttätigen Partner zu trennen.<sup>36</sup> Denn auch die ‚neuen‘ Väter sind oft die alten Paschas. Manche Frauen erleben nach anstrengender Trennungs- und Scheidungszeit Gefühle der Erleichterung. Viele Konflikte fallen weg. Entscheidungen, die das eigene Leben und das des Kindes, die Arbeit zu Hause und in der Erwerbsarbeit betreffen, können oft problemloser getroffen werden. Viele verstehen ihre Beziehungsformen bewusst als Alternative zur "normalen" Familie mit weitgehend stereotypen und traditionellen Geschlechterrollenverteilungen. Das Leben ist befriedigender geworden, und wenn ein guter Kontakt zwischen Vater und Kind aufgebaut werden kann, entstehen oft neue Freiräume, die sich auch positiv auf die Kinder auswirken. Eine gelungene Trennung ist allemal besser, als ständiger Streit und Auseinandersetzungen.

Einer empirischen Untersuchung zufolge sahen alleinerziehende Frauen ihre Gesamtsituation dann pessimistisch, wenn sie nach Beendigung der Elternzeit keine Möglichkeit gefunden haben, eine Berufstätigkeit aufzunehmen und damit für sich selbst und ihr Kind zu sorgen. Sehr viel offensiver, unbefangener und zufriedener zeigten sich hingegen Frauen, die eine gesicherte Erwerbstätigkeit wiederaufnehmen konnten.<sup>37</sup> Sie zeigen sich sicher und selbstbewusst bezüglich ihrer Lebensform, auch ihren Kindern gegenüber. Alleinerziehende selbst verweisen immer wieder darauf, dass sie keine bedauernswerten Wesen sind. Und auch darauf, dass sie keine Sonderrechte brauchen, sondern dass die Gesetze so ausgeformt werden müssen, dass alle Lebensformen gleich behandelt werden.

Sehen wir uns den Anteil, den Väter in der Erziehungsarbeit leisten, in ‚normalen‘ Familien an, so sind viele andere Mütter ebenso oder noch viel eher ‚alleinerziehend‘, während viele Alleinerziehende erleichtert sind, sich aus einer unerträglichen Beziehung gelöst zu haben. "Als ich Deine Arbeit las, war ich froh, eine alleinerziehende Mutter gewesen zu sein", schrieb mir meine Freundin Sophie von Behr, eine der Gründerinnen des VAMV-Bundesverbandes, als sie meine Studie über die Arbeitsteilung in der "normalen Kernfamilie" gelesen hatte.<sup>38</sup> Warum, weil darin nachgewiesen wurde, was eigentlich schon alle wissen und was alle Studien immer wieder bestätigen: Die ‚neuen‘ Väter sind die alten Paschas – „verbal aufgeschlossen bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“ nannte das der bekannte Soziologe Ulrich Beck, und die jungen Mütter sind nach wie vor die ‚Seiltänzerinnen‘, die den nicht enden wollenden Balanceakt im Kräfteverhältnis auseinanderstrebender Interessen der Arbeitgeber, der (Ehe-)Männer, der Kinder und der eigenen Bedürfnisse und Vorstellungen leisten. Dennoch werden Kinder alleinerziehender Mütter fortwährend bedauert, weil ihnen angeblich die männliche Bezugsperson fehlt. Fakt ist, dass viele alleinerziehende Mütter das Wunschbild der Kernfamilie längst abgehakt haben. Schließlich kommen sie größtenteils aus gerade gescheiterten Ehen und zerrütteten ‚Idealbesetzungsfamilien‘. Nur 14 % der Befragten, die eine neue Partnerschaft eingegangen sind, streben nach der schon erwähnten Studie der Bundesregierung eine neue Ehe an.<sup>39</sup> Von ExpertInnen ist

---

<sup>36</sup> Schneider u.a.: Alleinerziehende heute, S. 33.

<sup>37</sup> Gunhild Gutschmidt: Ledige Mütter, Zahlen, Fakten, Interviews, Bielefeld 1997, S. 149.

<sup>38</sup> Gisela Notz: „Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann“. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern, Bonn 1991.

<sup>39</sup> Schneider u.a.: Alleinerziehende heute, S. 293.

immer wieder zu hören, dass Alleinerziehende zu anspruchsvoll seien, wenn es um die Partnersuche ginge. Wenn viele Alleinerziehende den Wunsch nach Geborgenheit durch eine neue Partnerschaft äußern, heißt das nicht, dass sie zu alten Familien- und schon gar nicht zu alten Rollenkonstellationen zurück wollen. Viele suchen lieber Kontakt zu Freundinnen, treffen sich in Gruppen mit Anderen oder basteln sich mit ihren Kindern eine – wie auch immer zusammengesetzte – Wohngemeinschaft, in der alle Mitglieder gleichberechtigt zusammen leben oder eine Hausgemeinschaft, in der sie sich gegenseitig unterstützen können. Ohne eine solche Wohngemeinschaft würde ich heute nicht hier stehen. Durch sie wurde es möglich, Kind, Beruf, Studium und Leben in der Gemeinschaft unter einen Hut zu bringen.

Väter von Kindern, die bei den ledigen Müttern verweilen, lamentieren oft über die wenigen Rechte, die sie haben, während alleinerziehende Mütter darüber klagen, dass sich allzu viele Väter ihren Pflichten und ihrer Verantwortung entziehen. Nicht selten wird immer noch die Berufstätigkeit der alleinerziehenden Mütter als entwicklungserschwerend für die Kinder betrachtet, obwohl es dafür keinerlei Anhaltspunkte gibt. Und die Kinder, die bei alleinerziehenden Vätern leben, werden besonders deshalb bedauert, weil sie eine Mutter haben, die die Familie verlassen hat. Eine Mutter, die ihr Kind beim Vater zurücklässt, gilt in unserer Gesellschaft noch immer als Rabenmutter. Kein Wunder, dass diesen Vätern im gesellschaftlichen Umfeld das meiste Bedauern entgegengebracht wird und sie besonders durch ihre eigenen Mütter die meiste Hilfe bei der Haus- und Sorgearbeit bekommen.

Unter den Tisch fallen in der öffentlichen Diskussion meist die nachgewiesenen Sozialisationsstärken der Familienform ‚Alleinerziehend‘. Kinder alleinerziehender Mütter sind meist früher selbständig und lernen wie ihre Mütter, offen zu sein für neue Beziehungen und sich ihre Bezugspersonen nach ihren Neigungen und Interessen zu suchen. Alleinerziehende Mütter – so kann ich es selbst beobachten, und so geht es aus vielen Studien hervor - sind oft Baumeisterinnen eigener Netzwerke. Sie sind in vielfältige Verwandtschafts- oder Freundschaftsbeziehungen eingebunden, haben Menschen um sich versammelt, die Kinder mögen. Die meiste Unterstützung erhalten sie von Frauen, die wie sie selbst alleinerziehende Mütter sind.

### **Alleinerziehen ist Frauensache**

Alleinerziehen ist Frauensache. Auch das wäre kein Problem, wenn die Mutter einen befriedigenden Beruf mit einem existenzsichernden Einkommen hat, die finanzielle Situation keine Sorgen bereitet und das Kind sich in Kindergarten oder Schule wohl fühlt. Die Tatsache, dass das oft nicht so ist, ist bekannt. Sie wird auch von der Politik nicht mehr abgestritten, sondern einfach bedauert. Politische Handlungsalternativen, die an den Wurzeln der Probleme rühren und auf deren Beseitigung ausgerichtet sind, stehen aus. Sie sind aber dringend notwendig.

Die Politik der Bundesregierung ging bis heute eindeutig auf die Stärkung der ‚Normalfamilie‘, die nach wie vor an die Plakatflächen geklebt wird und auch die Werbung dominiert. Die (jetzt ehemalige) Familienministerin Kristina Schröder schrieb im Familienreport von 2012: „Zusammenhalt und Solidarität sind nirgendwo stärker als in der Familie. In der Familie übernehmen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung. Familien legen den Grundstein für faire Chancen von Kindern und Jugendlichen, leisten einen großen Beitrag zur Pflege älterer Menschen und leben Zusammenhalt zwischen den Generationen. Dabei finden Menschen Rückhalt, Schutz und Unterstützung, die weit über das hinausgeht, was die staatliche

Solidargemeinschaft leisten kann.“<sup>40</sup> Und sie meint eindeutig die ‚Normalfamilie‘, denn – so geht es aus dem Familienreport hervor: 97 % der befragten Bevölkerung verstehen unter Familie „ein verheiratetes Ehepaar mit Kindern“. Das steht ganz oben auf der Liste.<sup>41</sup> Dass die gelebte Realität anders aussieht, habe ich schon betont.

In Deutschland gab es zu keiner Zeit so viele Lebensmodelle wie heute. Und doch ist das tatsächlich erlebte und gelebte Leben wenig erforscht. Die Familienforschung pendelt zwischen den Positionen, die Familie sei in der Krise, weil sich die traditionellen Familiennester auflösen und man müsse sich damit trösten, dass Ehen zwar häufiger geschieden werden, aber dafür auch länger dauern, als vor einigen Jahrzehnten, dass ‚Singles‘ ihre Lebensform keinesfalls als Alternative zur traditionellen Eltern-Familie gewählt haben, Alleinerziehende schon gar nicht. Alle diese Lebensformen würden gewissermaßen Übergangsstationen darstellen, bis die ‚normalbesetzte‘ Familie wieder hergestellt sei.

Oft sind es diejenigen, die von der ‚Normalfamilie‘ abweichende Strukturen leben, die die Vorteile ihrer Lebensform nicht annehmen (können), weil sie ‚normal‘ sein wollen oder glauben, es zu müssen. Die empirische Familienforschung – selbst konservativer Familienforscher – weist die Vermutung, die „zerbrochene Ehe“ bzw. die Ehescheidung selbst könne die Entwicklung von Kindern nachhaltig beeinträchtigen, zurück.<sup>42</sup> Zwar ist je nach Alter der Kinder die Trennung der Eltern für die Kinder ein gravierendes Erlebnis, das erst einmal verarbeitet werden muss. Wie Forschungsbefunde zeigen, sind Kinder in der Regel in der Lage, Verarbeitungsstrategien zu entwickeln. Was allerdings die Entwicklung von Kindern erheblich gefährdet, sind dauerhafte und schwerwiegende eheliche Konflikte und Zerwürfnisse der Eltern, die das familiäre Beziehungsklima nachhaltig vergiften. Es besteht, wie Untersuchungen zeigen, ein enger Zusammenhang zwischen der Qualität der Beziehung der Bezugspersonen untereinander und der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung, und beide Merkmale sind entscheidende Umweltfaktoren der Kompetenzentwicklung von Kindern, und zwar sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. In dem Maße, wie sich eine solche Einsicht durchsetzt, wird auch als Konsequenz eine Veränderung des Leitbildes ‚Familie‘ notwendig werden. Das hieße, dass es oftmals besser ist, eine Partnerbeziehung um der Kinder willen aufzugeben oder eventuell erst gar nicht einzugehen.<sup>43</sup> Zu dieser Erkenntnis wären sie ohne den VAMV wohl kaum gekommen.

## **Ausblick**

### **Was hat der VAMV eigentlich erreicht? Und was bleibt zu tun?**

Schon zum 25-jährigen Bestehen des VAMV 1992 stellte Brunhilde Gilbrin, Mitbegründerin des VAMV, fest: "Eigentlich bin ich stolz". Das "eigentlich" wurde von Sophie von Behr folgendermaßen kommentiert: "Die erkämpften Fortschritte sind nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie dem VAMV zu verdanken - aber ohne den VAMV wären sie vielleicht nicht in dieser Art und Weise geschehen". Das

---

<sup>40</sup> Kristina Schröder: Vorwort in: BMSFSFJ: Familienreport 2012: Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin 2012, S. 3.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> z.B. Franz-Xaver Kaufmann: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995.

<sup>43</sup> Vgl. Gunhild Gutschmid / Alois Herlth / Gisela Notz: Leistungen und Belastungen der Familie, in: Siegfried Müller /Heide Reinl (Hg.): Soziale Arbeit in der Konkurrenzgesellschaft, Neuwied 1997, S. 140 - 149.

gilt auch heute und auch für den VAMV in Niedersachsen. Und besser kann man es auch zu dessen 40jährigen Jubiläum nicht sagen.

Aus meiner Rede ging sicher hervor, dass es völlig übertrieben ist, die 40 Jahre Lobby für Alleinerziehende als DIE Erfolgsstory zu beschreiben. Das sieht auch der Bundesverband so und er verweist darauf, dass es wie immer zwei Seiten gibt: die Gipfel des Erfolgs wie Gesetzesänderungen, Urteile des Bundesverfassungsgerichts, erfolgreiche Kampagnen wechselten sich ab mit langen Durststrecken in den Niederungen der politischen Alltagsarbeit: Anhörungen zum Steuerrecht und zum Kindschaftsrecht, zum Erziehungsurlaub und später Elternzeit, Bezifferung der Kinderarmut, Kritik an den familienpolitischen Instrumenten wie Betreuungsgeld. Vieles ist, wie ich schon sagte unerledigt. Viele Chancen werden vertan, wenn immer nach der Restabilisierung ‚traditioneller Familienbande‘ gerufen wird.

Nehmen wir das Ehegattensplitting. Vor 1934 wurden in Deutschland beide Partner individuell veranlagt. Es war die NS-Regierung, die die gemeinsame Veranlagung von Eheleuten 1934 einführte und Alleinverdiener mit der Steuerklasse II begünstigte; damit die Frau zum steuerrechtlichen Anhängsel des Mannes machte und „Doppelverdiener“ bestrafen wollte. So sollte der Arbeitsmarkt entlastet und die Geburtenzahl erhöht werden. Mit demselben Ziel „die Ehefrau ins Haus zurückzuführen“, wie es in einer Denkschrift des Bundesfinanzministeriums hieß, übernahm die Regierung Adenauer 1951 dieses Gesetz im Kern. Der VAMV forderte bereits mit seinem ersten familienpolitischen Grundsatzprogramm von 1980 die „Aufhebung des Ehegattensplittings zugunsten eines gerechteren und höheren Kinderlastenausgleichs“. Bei dieser Forderung müssen wir bleiben.

Zu unseren nicht eingelösten Forderungen – um nur einige zu nennen – gehören auch mehr Ganztagschulen und die *UMSETZUNG* des Rechtsanspruchs auf Kindertagesstättenplätze, mit entsprechend pädagogisch geschultem Personal, die Abschaffung der „Herdprämie“ (auch Betreuungsgeld genannt), die unter Ignoranz unserer vielfältigen Aktivitäten, sie zu verhindern, durchgeboxt worden ist, die Abschaffung der „Spielzeugsteuer“ durch eine Neugestaltung der Mehrwertsteuer. Weiterhin die Herstellung von Entgeltgleichheit mithilfe von Gesetzen, die Neubewertung als frauentypisch eingestufte Tätigkeiten, Frauenquoten, die Abschaffung sozialversicherungsfreier Beschäftigung. Wir brauchen eine echte Arbeitsmarktreform statt dem viel zu niedrigen Arbeitslosengeld II. Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung für die Vollzeit-Erwerbstätigen, eine Mindestrente für alle aus der Erwerbsarbeit Ausgeschiedenen und einen gesetzlichen Mindestlohn. Diese Forderungen müssen von einem außergewöhnlichen Familienverband immer wieder auf die Agenda. Da dürfen wir nicht locker lassen. Besonders wichtig finde ich selbst die Durchsetzung einer Kindergrundsicherung, denn ein weiteres Fortschreiten der Kinderarmut ist ein Skandal. Dazu brauchen wir Bündnisse, die teilweise schon geschmiedet sind. Bescheiden sind wir nicht! Uns geht es um das gute Leben für alle!

## **Ein Wort zum Schluss**

Wenn Familienpolitik dem Trend der Formenvielfalt im menschlichen Zusammenleben nicht gerecht wird, ist nicht die Familie in der Krise, sondern die Familienpolitik. Familienpolitik sollte nicht dem Schutz bestimmter Lebensformen dienen und damit Andere diskriminieren. Auf keinen Fall darf sie weiter

Interessenartikulation einer Institution (der Ehe) sein, sondern muss der Artikulation der Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Individuen Gehör verschaffen. Kinder sollten schon in der Schule lernen, dass es verschiedene Lebensweisen gibt. Dazu brauchen wir Lernkonzepte, die darüber informieren und sie gleichberechtigt nebeneinander stellen. Um das Gelernte auch anwenden zu können, müssen Kinder (und Ältere) allerdings auch Strukturen vorfinden, die solche Lebensmöglichkeiten ohne Diskriminierung zulassen. Christa Wolf ist zuzustimmen, wenn sie sagte: „Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass Frauen nicht nur nach Gleichberechtigung, sondern nach neuen Lebensformen suchen.“ Schließlich geht es darum, dass keine Lebensform bevorzugt und damit keine benachteiligt wird und allen Menschen gleiche Existenzberechtigung für die von ihnen gewählte Lebensform zugestanden wird, solange dort niemand ausgebeutet, unterdrückt oder seinen eigenen Interessen widersprechend behandelt wird. Wäre das erreicht, dann würde es keine Rolle spielen, ob Menschen alleine, zu zweit oder zu mehreren, mit oder ohne Kinder, monogam oder polygam, homo-, hetero, bisexuell oder in anderen als sexuellen Beziehungen zusammen leben und auch nicht, aus welchem Land sie kommen und welche Hautfarbe sie haben. Wenn das gelänge, bräuchten wir gar keine Familienpolitik, sondern es genügte eine Politik für Menschen.

Dr. Gisela Notz ist Historikerin und Sozialwissenschaftlerin und lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin zu den Themen: Arbeitsmarkt-, Frauen- Familien- und Sozialpolitik, historische Frauenforschung, Alternative Ökonomie u.a.

Sie ist Herausgeberin des Kalenders „Wegbereiterinnen“ der in diesem Jahr zum 13. Mal erscheint.